

## ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 02-13 = ehem. I 08- 12 in durch AK Bildung und Soziales überarbeiteter Fassung

Antragsteller: AK Bildung und Soziales

KDV Lichtenberg am 23. Februar 2013

5 Beschluss KDV Ja mehrheitlich Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen **(mit Änderungen beschlossen)**

Weiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:10 Der Landesparteitag möge beschließen:

Abschluss eines Trägerwohnungs-Rahmenvertrages zwischen den Berliner kommunalen Wohnungsbau-  
gesellschaften und den Trägern der Sozialen Arbeit

15 Die Mitglieder der SPD Fraktionen des Kreises und des Landes sowie die sozialdemokratischen Mitglieder  
des Senats setzen sich ein für den Abschluss eines Vertrages zwischen den Berliner kommunalen Woh-  
nungsbau-gesellschaften und Trägern der Sozialen Arbeit in Berlin bzw. den Spitzenverbänden der Wohl-  
fahrtspflege über die bedarfsgerechte Vergabe von Trägerwohnungen aus dem kommunalen Woh-  
nungsbestand für die Wohnraumversorgung von Menschen in sozial betreuten Wohnformen, von woh-  
nungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen.

20 Dieser Vertrag soll konkrete Angaben über die Anzahl der jährlich neu zur Verfügung zu stellenden  
Wohnungen beinhalten und den Trägern langfristig die notwendige Planungssicherheit für ihre Arbeit  
geben.

Gleichzeitig soll er die Möglichkeit zur Übernahme des Mietvertrages der Wohnung durch den/die jewei-  
lige/n Bewohner/in enthalten.

25 Diesem Vertrag sollen auch private Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften bei-  
treten können.

Eine vorgenannte Regelung kann alternativ auch Bestandteil eines Maßnahmenpaketes zum Wohnen in  
Berlin, beispielsweise eines Bündnisses für Wohnen, sein.

Begründung

30 *Über die Folgen der Entwicklung am Berliner Wohnungsmarkt wird seit Jahren debattiert. Gentrifizierung, steigende  
Mieter<sup>1</sup> und die damit einhergehende Verdrängung der alleingewohnten Mieter verändern gegenwärtig drama-  
tisch das Stadtbild, führen zu enormen Mietpreissteigerungen in allen inner- und teilweise auch randstädtischen  
Wohnlagen und verschärfen damit die soziale Spaltung innerhalb der Stadt.*

35 *Die Wohnungssuche wird selbst für Normalverdiener zum Hürdenlauf. Sowohl für Geringverdiener wie auch für  
Menschen in sozialen, finanziellen oder persönlichen Notlagen grenzt es fast an ein Wunder, geeigneten und finan-  
zierbaren Wohnraum zu finden. Am schärfsten zeigt sich diese Entwicklung an der wachsenden Zahl obdachloser  
Menschen. Diese stieg deutschlandweit in den Jahren 2008 bis 2010 um 10% auf 24.8000, Tendenz weiter steigend<sup>2</sup>.*

40 *Unter anderem hier setzt die wertvolle und notwendige Arbeit zahlreicher Vereine und Träger der Sozialen Arbeit  
an. Ob Wohnungslose, Frauen aus Gewaltfamilien, auffällige Jugendliche im Übergang zur Verselbständigung, Haft-  
entlassen uvm. - sie alle brauchen eine Chance auf einen eigenen Wohnraum und damit eine wichtige Vorausset-  
zung, um ihr Leben in Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Würde führen oder (wieder) erlernen zu können.*

*Den Trägern der sozialen Projekte und Hilfen fällt es jedoch seit geraumer Zeit aufgrund des veränderten Woh-  
nungsmarktes zunehmend schwerer, die von ihnen betreuten Menschen in eigenen Wohnraum zu vermitteln oder  
aber ihnen übergangsweise eine von ihnen selbst gehaltene Trägerwohnung anbieten zu können.*

45 *Die Marktsituation erschwert und verhindert damit den staatlichen Auftrag der Sozial- und Jugendämter, verzögert  
eine Verselbständigung von Betreuten und treibt damit im Ergebnis auch die Betreuungskosten zu Lasten der pre-  
kären bezirklichen Finanzen weiter und unnötig in die Höhe. Die bisherigen Instrumente greifen nicht mehr oder  
sind nur ein „Tropfen auf dem heißen Stein“. So liegen Wartezeiten für Wohnungen aus dem sogenannten ge-  
schützten Marktsegment derzeit bei bis zu eineinhalb Jahren.*

1 +7,9% von 2009 auf 2011, Berliner Mietspiegel 2011

2 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

## **ANTRÄGE**

*Wir wollen, dass Träger sozialer Arbeit auf das benötigte Maß an kommunalem Wohnraum zugreifen können, um ihrem Betreuungsauftrag auch tatsächlich nachkommen zu können. Damit stärken wir nicht nur die Interessen der Betroffenen, wir verbessern gleichzeitig auch das Angebot der Träger und schaffen mehr Freiraum innerhalb der Betreuungen.*

5